

Kommentar zur Konjunktur

Licht am Ende des Tunnels: Leichte Verbesserung der Konjunkturaussichten – Reformbedarf wird dadurch nicht kleiner

WIFO-Direktor Gabriel Felbermayrs Statement zur Sommerprognose 2025 im Wortlaut

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) präsentierte am Freitag, den 26. Juni 2025 um 10:00 Uhr seine Konjunkturprognose für 2025 und 2026 im Rahmen einer Pressekonferenz. Gabriel Felbermayrs Eröffnungsstatement wird hier im Wortlaut veröffentlicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, guten Morgen!

Für Prognostiker waren die letzten Tage anstrengend. Der Krieg im Iran hat den Brent-Erdölpreis von 67 \$ pro Fass am 12. Juni auf fast 80 steigen lassen, das bedeutet knapp 18% Zuwachs. Gestern notierte der Markt wieder bei 68 \$. Volatilität und Unsicherheit sind das neue Normal. Das tut der Weltwirtschaft nicht gut. **Sie dürfte sich weiter abkühlen.** Trotzdem ist das WIFO wieder etwas optimistischer, was die österreichische Konjunktur angeht.

Im Jahresdurchschnitt 2025 dürfte **das reale Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Vorjahr konstant bleiben.** In Normalzeiten wäre eine Stagnation alles andere als ein Grund zur Freude. Doch im März hatten wir noch eine leichte Schrumpfung um 0,3% erwartet. Nun also doch etwas fester. Warum?

Das letzte Quartal des Vorjahres zeigt sich nach der letzten Revision in den aktuellen Daten von Statistik Austria deutlich positiver, damit ist die Ausgangsbasis für das laufende Jahr besser. Die Konsumstimmung festigt sich langsam; auch der WIFO-Konjunkturtest weist eine erfreuliche Tendenz auf, auch wenn der Pessimismus immer noch überwiegt. Aus Deutschland kommen Impulse; die dort zu deutlichen Verbesserungen der Wachstumserwartungen führen.

Zwar lag das preisbereinigte BIP im I. Quartal 2025 immer noch unter jenem des Vorjahresquartals, aber unser Wochenindex deutet an, dass die Wirtschaftsleistung im Mai auf dem Niveau des Monats Mai 2024 gelegen hat. **Die Schrumpfung scheint also zum Ende gekommen zu sein.** Anders als die etwas pessimistischere OECD können wir auf dieser Basis für das Jahr 2026 unsere Märzprognose mit einem Wachstum von 1,2% aufrechterhalten. Diese Zahl ist allerdings mit hoher Unsicherheit behaftet.

Und selbst die nun verbesserten Aussichten weisen unserem Land eine Position unter den Ländern mit dem langsamsten Wachstum in der OECD zu. **Wir tragen weiterhin die rote Laterne.**

Die nächstschlechtesten Länder liegen mindestens 0,6 Prozentpunkte vor uns. In der EU wächst das BIP 2025 um 1,2% – Österreich hingegen stagniert.

Die wirtschaftliche Situation ist weiterhin nicht gut. **Das BIP pro Kopf** in Österreich liegt im I. Quartal 2025 um fast 2% unter dem entsprechenden Wert von 2019; die Kaufkraft des BIP pro Kopf – auch Realwert des BIP genannt – liegt sogar um 4% darunter. Das bedeutet u. a., dass der Druck auf die öffentlichen Finanzen weiter außerordentlich groß bleiben wird.

Die Risiken, die auf der Konjunktur lasten, sind groß. Hier ist zum einen die Zollpolitik der USA zu nennen – Christian Glocker wird dazu ausführlicher Stellung nehmen. Die Kriegsgefahr im Nahen Osten und die damit verbundenen Risiken für die Energiepreise sind ein zweiter Faktor. Und die schlechte Stimmung, die in den letzten Jahren für die verhaltene Dynamik beim Konsum verantwortlich war, könnte sich wieder eintrüben, etwa wenn es zu öffentlichen Streitigkeiten in der Bundesregierung kommen sollte.

Nun zu einzelnen Wirtschaftsbereichen.

Die Industrie scheint allmählich aus der Rezession herauszufinden. Das Jahr 2025 wird insgesamt aber ein drittes Jahr der Schrumpfung sein. Im Vergleich zum Vorjahr dürfte die reale Bruttowertschöpfung um gut 1% fallen. Im Jahresverlauf steigt die Dynamik aber, und im kommenden Jahr rechnen wir mit Wachstum in der Industrie von 1,5%.

Auch die Ausrüstungsinvestitionen bleiben heuer schwach und dürften noch einmal um 0,8% fallen, bevor sie 2026 wieder wachsen. Hier helfen fallende Zinsen und eine bessere Auftragslage. Die grassierende Unsicherheit belastet allerdings das Investitionsklima. Die Warenexporte bleiben preisbereinigt schwach und dürften heuer noch einmal geringfügig schrumpfen. Hier schlagen u. a. die Zölle der USA und die verschlechterte preisliche Wettbewerbsfähigkeit negativ zu Buche.

Auch die preisbereinigte Bruttowertschöpfung in der **Bauwirtschaft** sinkt 2025 noch einmal um 0,5% nach starker Schrumpfung in den Vorjahren. Auch im Sektor **Beherbergung und Gastronomie** sinkt die reale Bruttowertschöpfung trotz guter Buchungslage wegen hoher Kosten und Konsumzurückhaltung. Es sind die anderen Dienstleistungssektoren, die die Konjunktur 2025 stabilisieren. Im Jahr 2026 sollten alle Sektoren bis auf den Tourismus positive Wachstumsbeiträge liefern.

Der Konsum dürfte heuer um 0,4% wachsen, geringfügig besser als bisher angenommen, aber immer noch schwach. Pro Kopf wächst der Konsum de facto nicht. Aber immerhin belastet er das Wachstum nicht mehr. Die Dynamik wird vor allem von dauerhaften Gütern getragen, etwa der Nachfrage nach Pkw. Nächstes Jahr sollte der Konsum stärker wachsen und die Konjunktur maßgeblich stützen. Die Nettoreallöhne pro Beschäftigtenverhältnis liegen 2025 um 1,7% über 2020, und die Sparquote liegt mit 10,8% immer noch um fast 3 Prozentpunkte über dem Vorkrisenniveau von 2019. Der Konsum hätte also deutlich Potenzial nach oben – was allerdings auch mit Inflationsgefahr verbunden ist.

Ein Grund für den verhaltenen Konsum ist die Arbeitslosigkeit. **Die Arbeitslosenquote steigt stärker als noch im März erwartet** und dürfte im Jahresmittel 2025 bei 7,5% liegen. 2026 sinkt sie nur minimal. Die Anzahl der wertvollen Industriearbeitsplätze fällt 2025 um 1,3%, nach 1,2% im Vorjahr. Die Stundenproduktivität, die in den beiden Vorjahren um insgesamt rund 7% gefallen ist,

dürfte heuer und im nächsten Jahr in Summe um 2,5% steigen, sie bleibt damit nachhaltig unter dem Vorkrisenniveau.

Umso wichtiger ist nun eine klare **Standortstrategie**, die sowohl die Produktivität als auch die relative Kostenposition der Industrie in den Blick nimmt, aber den immer wichtiger werdenden Bereich der **Dienstleistungen** nicht übersieht. Das gemeinsame Papier der Sozialpartner ist dafür ein guter Startpunkt. Produktivitätswachstum braucht vor allem Investitionen. Außerdem wäre es sinnvoll, bei der **öffentlichen Beschaffung** stärker auf Innovationspotenziale zu achten und die österreichischen strategischen Interessen stärker in den Blick zu nehmen.

Österreich braucht außerdem eine mittelfristige **Strategie für eine spürbare, aber gegenfinanzierte Absenkung der Lohnnebenkosten**, um den Faktor Arbeit zu entlasten und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu stützen. Dabei muss es um die Hebung von Effizienzpotenzialen gehen, die für die Eindämmung der Beiträge und staatlichen Zuschüsse, für die Verbesserung des Leistungsniveaus oder für beides genutzt werden können. Ich halte ein **Bonus-Malus-System bei der Beschäftigung Älterer** für diskussionswürdig; das könnte ein Beitrag sein, um die teure Dynamik bei den Pensionsausgaben zu bremsen. WIFO-Analysen zeigen außerdem, dass durch Einführung eines **"Experience Rating"** die Beiträge der Arbeitgeber zur Arbeitslosenversicherung gesenkt werden könnten, möglicherweise sogar bei Ausbau des Leistungsniveaus. Ähnliches kann man sich in der Unfallversicherung vorstellen.

Durch die Weiterentwicklung der Grundsteuer B in eine Bodenwertsteuer, zum Beispiel nach dem Vorbild Baden-Württembergs, könnte die **Kommunalsteuer** halbiert und gleichzeitig die Gemeinden bessergestellt werden.

Der **Familienlastenausgleichsfonds** sollte mittelfristig nicht mehr über die Lohnzettel finanziert werden. Zur teilweisen Gegenfinanzierung sind Verbesserungen bei der Zielgerichtetheit der Leistungen zu nennen. Außerdem könnte man die Einführung einer modernen, schlanken Erbschaftssteuer überlegen, um so per Saldo die Unternehmen zu entlasten und Wachstumspotenziale zu heben. Zugegeben, das sind alles dicke Bretter – wann wollen wir sie bohren, wenn nicht jetzt?

Österreich hat immer noch ein massives Inflationsproblem. Heuer dürfte der Verbraucherpreisindex um 2,9% steigen; im Euro-Raum nur um 2,2%; auch im kommenden Jahr dürfte die Inflationsrate mit 2,2% über der Rate des Euro-Raumes liegen. Seit 2010 sind die Verbraucherpreise in Österreich ununterbrochen stärker gewachsen als im Euro-Raum. Damit ist ein **schleichender, aber in Summe massiver Verfall der internationalen Wettbewerbsfähigkeit** verbunden. Die Bundesregierung und die Sozialpartner müssen Wege finden, den Inflationsdruck abzubauen und nachhaltig unter jenen des Euro-Raumes zu drücken. **Das wäre aktuell eine der wichtigsten Aufgaben der nationalen Wirtschaftspolitik.** Bürokratieabbau, Ende von Gold-Plating, eine Anpassung überambitionierter Standards, eine Ankurbelung des Wohnbaus, um den Preisdruck beim Wohnen wirksam einzudämmen, ein schnellerer Ausbau der Erneuerbaren Energien, um die Energiepreise nachhaltig zu drücken, ganz grundsätzlich mehr Wettbewerb in allen Bereichen und ein grundlegender Fokus auf **Angebotspolitik** würden hier hilfreich sein.

Mit solchen Maßnahmen könnte das Potenzialwachstum Österreichs dynamisiert werden. Denn auf dem aktuellen Wachstumspfad bleibt die Wirtschaftskraft pro Kopf bis 2029 unter dem Niveau von 2019.

Ein höheres Wachstum wäre auch aus budgetären Gründen dringend notwendig. **Denn das Budgetdefizit bleibt zu hoch.** 2025 ist mit einem Defizit von 4,1% des BIP zu rechnen, im Jahr 2026 sinkt der Fehlbetrag kaum, auf 3,9% des BIP. Der Bruttoschuldenstand Österreichs steigt auf 85% des BIP. Die Staatsausgaben stagnieren bis 2026 auf rund 56% des BIP, ein Rekord- und Spitzenwert im OECD-Vergleich. Ohne Sparpaket wäre der Wert noch weiter angestiegen, wohl Richtung 58%. Aber eine Volkswirtschaft, die die Beschreibung soziale Marktwirtschaft verdient, sollte mit Werten unter 50% auskommen. Bis 2026 steigt die Staatseinnahmenquote von 50,1% des BIP im Jahr 2023 auf 52% des BIP. Vor dem Hintergrund dieser Zahlen erscheint es erforderlich, auch in den Jahren nach 2026 einen mutigen Konsolidierungskurs zu verfolgen, damit die öffentlichen Finanzen wieder krisenfest und größere Spielräume für Investitionen möglich werden. **Für Investitionen sind Schulden in Ordnung**, für konsumtive Ausgaben des Staates nicht.

Nun zu **Christian Glocker** und den Zöllen des Herrn Trump.

Die internationalen Rahmenbedingungen sind zurzeit infolge der Neuausrichtung der Handelspolitik der USA unklar. Angesichts der hohen Unsicherheit bezüglich der finalen Ausgestaltung der Zölle müssen Annahmen getroffen werden.

Unser Basisszenario in der vorliegenden Prognose geht davon aus, dass der Status quo der Zollsätze von Ende Mai bis Jahresende 2026 aufrechterhalten bleibt. Das bedeutet: Die Zölle der USA auf Importe aus der EU verbleiben bei 10%, mit Ausnahme höherer Zölle auf Stahl, Aluminium und Autos – hier gelten 50% bzw. 25%. Für Österreich bedeutet das einen Anstieg der effektiven Zölle um rund 11,4 Prozentpunkte. Unsere Modellsimulationen zeigen, dass die Warenexporte Österreichs in die USA dadurch um etwa 11% gegenüber dem Jahr 2024 zurückgehen werden. Das hat einen negativen Effekt auf das österreichische BIP von 0,3% zur Folge. Gleichzeitig führen die höheren Zölle zu Mehreinnahmen für den Fiskus der USA von rund 1,6 Mrd. €. Die Modelle erlauben eine grobe Einschätzung zur Verteilung dieser Zolllast. Hier zeigt sich, dass österreichische Unternehmen mit etwa 1 Mrd. € den etwas größeren Teil der Kosten zu tragen haben. Insgesamt belaufen sich die Kosten der Zollanhebung für Österreich auf rund 0,5% des BIP. Damit fällt die Belastung für Österreich geringer aus als etwa für Deutschland oder die Schweiz. Der Grund ist einfach: Während nur etwa 8% der österreichischen Güterexporte in die USA gehen, sind es in Deutschland mehr als 10% und in der Schweiz sogar über 16%.

Wien, am 26. Juni 2025

Begleitende Präsentationsunterlagen, die das Presse-Statement von WIFO-Direktor Gabriel Felbermayr veranschaulichen, stehen Ihnen [hier](#) zum Download zur Verfügung.